

Recht und Pflicht der Prozeßparteien zur Anwesenheit in der Verhandlung bei Beweiserhebung über ihren Geisteszustand.

Von Med.-Rat Dr. Kreuser-Winnental. *)

Vor einem Berliner Gericht hat unlängst ein psychiatrischer Sachverständiger Bedenken geäußert, das von ihm geforderte Gutachten vorzutragen in Gegenwart des zu begutachtenden Angeklagten. Von den überaus traurigen Aussichten, die er für dessen Zukunft eröffnen müßte, wären, wenn dies in seiner Anwesenheit zu geschehen habe, unheilvolle gesundheitliche Rückwirkungen zu befürchten. — Das Gericht hat sich diesen Bedenken keineswegs verschlossen, sah sich aber außerstande, sie zu berücksichtigen, da nach den Bestimmungen der StPD. eine Abführung des Angeklagten während der Vernehmung des Sachverständigen nicht zulässig wäre.

Der Fall ist vertagt worden, seine spätere Lösung unbekannt geblieben. Es hat sich seiner jedoch die Tagespresse in dem Sinne angenommen, daß sie das Verlegende für das menschliche Empfinden hervorhob, wenn die Vorschriften über das Strafverfahren eine so natürlich erscheinende Rücksichtnahme auf einen Geisteskranken mit schwer gefährdeter Zukunft nicht gestatten.

Professor Dr. Belling in Tübingen, der früher schon in seiner Abhandlung „Über die Beweisverbote als Grenzen der Wahrheitsforschung im Strafprozeß“ auf die Schranken hingewiesen hat, die dem Streben der Strafjustiz nach Ermittlung der Wahrheit u. a. auch durch Interessen der Persönlichkeitsphäre gezogen sein müssen, hat den eben erwähnten Fall zum Anlaß genommen, um für die heutige Versammlung Erörterungen darüber vorzuschlagen, inwieweit bei Beweiserhebungen über zweifelhafte Geisteszustände solchen

*) Vortrag, gehalten in der juristisch-psychiatrischen Versammlung in Stuttgart am 16. Mai 1909.

Interessen der Persönlichkeitsphäre Rechnung zu tragen sei im Verlangen nach Anwesenheit der betreffenden Personen bei einer solchen Verhandlung. Aufgabe eines psychiatrischen Referats ist es dabei, von den Wirkungen zu sprechen, die solche Beweiserhebungen ausüben können auf Personen, von nicht einwandfreier Geistesbeschaffenheit, wenn sie Gegenstand solcher Erhebungen werden und ihnen anzuwohnen haben.

Als eine allgemeine Erfahrung kann gelten, daß jede Anzweiflung der geistigen Gesundheit empfunden zu werden pflegt als peinliche, wenn nicht gar schimpfliche Herabsetzung der Person. Erhebt sich doch gerade durch sein geistiges Leben der Mensch weit über alle übrige Kreatur; in seinem Besitze zu bleiben, ist für jedermann eine Lebensfrage, und auf ihren gesunden Menschenverstand tun sich selbst Leute viel zu gut, die in ihrer Lebensführung nicht eben besonderes Streben verraten, die höhere Bestimmung des Menschengeschlechts zur Geltung zu bringen.

Bis zu einem gewissen Grade mag ja die allgemeine Scheu vor Geistesstörungen in den noch keineswegs überwundenen Vorurteilen wurzeln, die dämonischen Mächten in Verbindung mit eigener Schuld wenigstens eine Mitwirkung bei ihrer Entstehung zuschreiben. Aber auch vollberechtigte Gründe haben wir, uns vor geistigen Erkrankungen zu fürchten. Ganz abgesehen von den persönlichen Leiden, die sie verursachen, und von den unsicheren Ausichten auf Wiederherstellung, kann niemand verkennen, wie schwer sie einschneiden in die wirtschaftlichen, die sozialen und die rechtlichen Verhältnisse der davon Befallenen, in alles, was uns das Leben lieb und wert machen kann. Weit mehr noch als das körperliche Wohlbefinden ist die geistige Gesundheit für ein überaus kostbares Gut zu erachten; dasselbe sich soviel als möglich unangestastet zu bewahren, hat jeder Mensch ein unveräußerliches Recht und die unabweisbare Pflicht!

Alle Güter pflegen an Wertschätzung nur zu gewinnen, wenn ihr Verlust droht; so besonders auch die geistige Gesundheit in den Augen derer, bei denen sie in Zweifel gezogen werden will. Diese Wertschätzung führt zur eifrigsten Verwahrung, wenn zugleich im eigenen Empfinden unbestimmte Störungen auftauchen, die als Anzeichen einer geistigen Erkrankung zu erkennen, das keimende Übel selbst verhindert. Auch vermehrten Krankheitserscheinungen pflegt

ein angemessenes Krankheitsgefühl nicht zu entsprechen. Veränderte Sinnesempfindungen und Gemeingefühle, Störungen der Auffassung und der Aufmerksamkeit, krankhafte Eigenbeziehungen und Sinnestäuschungen, fremdartige Vorstellungen und Gebilde einer erregten Phantasie, überwältigende Stimmungen und Strebungen, verschiedenerlei Willensantriebe und Willenshemmungen, Störungen der Merkfähigkeit und der Reproduktion, der Gedankenverbindungen u. dgl. m., sie alle erschweren und verhindern nur die richtige Erkenntnis des eigenen Zustands. Plötzlich oder allmählich bewirken sie vielmehr eine Umgestaltung der Beziehungen zwischen der eigenen Person und der Außenwelt, wobei die letztere viel eher als verwandelt empfunden wird, denn das eigene Ich. Fügen sich die krankhaft veränderten Eindrücke dem bisherigen Vorstellungsleben nicht ein, so gerät dieses mehr oder weniger in Unordnung und Verwirrung; werden sie ihm wie andere Wahrnehmungen und Erfahrungen angegliedert, so erlangen sie um ihrer Besonderheit willen eine gewisse Vorherrschaft, drängen sie die gesamte geistige Tätigkeit nur aus der Richtung.

Bei schweren Bewußtseinsstörungen, bei Verwirrtheit wie auch bei stärkerem geistigem Verfall hat die Selbstempfindung so Not gelitten, daß es den Leuten gar keinen erheblichen Eindruck zu machen pflegt, wenn sie als Geistesranke angesehen und bezeichnet werden. Sind aber neben gewissen krankhaften Störungen namhafte Seiten des Seelenlebens erhalten geblieben, dauern insbesondere Auffassung und Aufmerksamkeit für äußere Vorgänge fort und bewegen sich die assoziativen Vorgänge formal in geordneten Bahnen, so pflegen die verfügbaren geistigen Kräfte nicht sowohl, wie Laien erwarten möchten, auf eine Berichtigung irriger Anschauungen, als vielmehr auf deren weiteren Ausbau und ihre Begründung aus der veränderten Selbstempfindung verwandt zu werden; es kann dann zu einem sorgfältig ausgebauten Bahnsysteme kommen, das, von den falschen Voraussetzungen abgesehen, einen geradezu erstaunlichen Aufwand an scharfsinnigen Kombinationen und Schlußfolgerungen zeigen kann. Soweit eine gewisse Umbildung der eigenen Persönlichkeit nicht bestritten werden kann, wird sie begründet als Anpassung an die Einwirkungen der Außenwelt; ihr gegenüber tritt das eigene Ich mit zunehmender Rücksichtslosigkeit in den Vordergrund. — Solche Kranke empfinden es als schwerstes Unrecht, wenn man an ihrer geistigen Gesundheit auch

nur die leisesten Zweifel hegt; sie weisen sie mit Entrüstung zurück. Unzugänglich bleiben sie auch für die vorsichtigsten Versuche einer Aufklärung oder Belehrung; der schlagendsten Widerlegung ihrer Ansichten begegnen sie mit immer neuen, oft recht gesuchten Begründungen und, je weniger sie damit durchzubringen vermögen, desto mehr geraten sie in Erregung. Denn Hand in Hand mit den erwähnten Störungen steigert sich auch die gemüthliche Reizbarkeit; verschiedenerlei Verstimmungen setzen sich fest, und aus ihnen heraus entspringen rascher und unvermittelter als sonst Willensentschliefungen, wie sie niemand bisher dem Betreffenden zugetraut hätte; überraschend können durch unscheinbare Anlässe Gewaltthaten gegen die eigene Person oder gegen Dritte ausgelöst werden. Indem der hemmende Einfluß vernünftiger Überlegung ausgeschaltet wird, gestaltet sich die Handlungsweise explosiv und triebartig. In anderen Fällen bereitet sich unter der Herrschaft wahnhafter Vorstellungsreihen in aller Stille ein planmäßiges Handeln vor, das mit unheimlicher Sicherheit seinen bedenklichen Zielen zustreben kann.

Bei der allgemein verbreiteten Anschauung von dem tränkenden Charakter aller Zweifel an der geistigen Gesundheit und bei der nicht ungerechtfertigten Scheu vor der vermehrten Empfindlichkeit der meisten geistig Geförten erscheint es begreiflich, daß man zu ihnen nur sehr ungern ein offenes Wort über ihre Erkrankung zu sprechen pflegt. Mitleid und Angst vereinigen sich besonders bei den nächsten Angehörigen, um nach Mitteln und Wegen zu trachten, wie der heikle Punkt etwa umgangen werden könnte; bald werden die irrigen Anschauungen des Kranken bestätigt und gehegt, bald sucht man sie ihnen durch allerlei listige Vorspiegelungen zu benehmen — trotz bester Absicht beides meist nur mit gegenteiligem Erfolg.

Die ärztliche Behandlung der Geisteskranken hat mit solchen Künsteleien längst aufgeräumt in der Erkenntnis, daß man auch Geisteskranken gegenüber mit der Offenheit weitaus am besten fährt. Sie muß nur mit angemessener Vorsicht und Rücksicht gehandhabt werden, eine dem Zustand des Kranken entsprechende Form zu wählen wissen. Um sie zu finden, ist es erforderlich, daß man jeden Kranken in seinem Fühlen und Denken, nach seinen Bestrebungen und seiner ganzen Eigenart verstehen lernt. Nur dann kann man es vermeiden, ihn mißtrauisch zu machen und zu

erregen. Weiß man ihn bei seinen Interessen aus gesunden Tagen zu fassen und ihn von der krankhaften Richtung seines Vorstellungslebens einigermaßen abzulenken, kommt man ihm persönlich näher, so wird man bei ihm, sobald die Erregbarkeit etwas zurücktritt, auch einiges Gehör finden für Aufklärungen weniger erfreulichen Inhalts. Um dies zu erreichen, muß dem Kranken erst die Absicht wohlwollender Fürsorge zur Empfindung gekommen sein.

Beruht jede irrenärztliche Behandlung auf solcher Fürsorge, so muß sie bekanntlich in den meisten Fällen gegen den Willen der Erkrankten selbst eingeleitet werden; in der Regel ist sie nur zu ermöglichen durch einen Eingriff in persönliche Freiheitsrechte. Dem entspricht es, daß auch zur Aufnahme in die Heilanstalt Beweiserhebungen über das Vorliegen einer Geisteskrankheit vorgeschrieben sind. Doch handelt es sich dabei um kein prozessuales Verfahren, und es ist darum auch eine förmliche Mitteilung des Ergebnisses an den Kranken selbst nicht erforderlich, solange es sich wenigstens nicht um seine sicherheitspolizeiliche Einweisung gegen den Widerspruch seiner Angehörigen handelt, ein Fall, auf den nachher noch zurückzukommen sein wird.

Wohlwollende Berücksichtigung und gebührenden Schutz haben auch die Ausnahmebestimmungen im Auge, die in den Rechtsgesetzen für Geistesranke getroffen sind. In der Regel gelangen sie jedoch zur Anwendung in einem Verfahren gegen die Person des Kranken. Auch wo dies nicht zutrifft, wie bei Entscheidungen über die Zeugnis- und Eidesfähigkeit, bleibt wenigstens der Eindruck einer Zurücksetzung der Person. Schon um dieser äußeren Form willen unterliegt die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen über Geistesranke noch mehr einer Mißdeutung durch dieselben, als die unerbetene ärztliche Hilfe. Dazu kommt, daß, wenn auch einzelne Gesetzesbestimmungen eine nicht unwillkommene Entlastung gewärtigen lassen, auf der anderen Seite desto unliebsamere weitere Folgen in Sicht gelangen.

Bevor jemand ausgeschaltet wird aus der allgemeinen Rechtsordnung, hat er daher zu beanspruchen, daß der Nachweis seiner Erkrankung einwandfrei erbracht werde; jeder dafür noch einigermaßen Empfängliche muß verlangen können, daß ihm ausreichende Kenntnis gegeben werde von den gegen seine geistige Gesundheit erhobenen Einwänden, damit er in der Lage sei, seinen Standpunkt ausreichend zu wahren. Im mündlichen Verfahren wird ihm das

Recht zuzubilligen sein, den Beweiserhebungen anzuwohnen, der Inhalt der schriftlichen Ermittlungen wird ihm nicht vorenthalten bleiben dürfen. Bei Kranken mit offenkundiger geistiger Störung, und ohne Verständnis für das Verfahren eine wertlose Formalität, kann dieses Recht für andere von größter Bedeutung sein, wenn sie in ihrem Mißtrauen und ihrer Gereiztheit gegen einzelne Personen und die gesamte Rechtsordnung nicht noch bestärkt, in ihrem Zustande also nachtheilig beeinflusst werden sollen.

Für nicht wenige Kranke kann ein solches Recht aber auch zur recht lästigen Pflicht, ja von schwerem Nachteil werden. Erfordert doch die zuverlässige Beurteilung zweifelhafter Geisteszustände ein sorgfältiges Eingehen auf die gesamte Persönlichkeit nach ihrer Abstammung und Veranlagung, nach ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung, ihrer Lebensführung und ihren Lebensschicksalen. Ihre Art zu empfinden und zu denken, ihr Wollen und Vollbringen muß in öffentlicher Verhandlung durch Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen zergliedert und eingeschätzt werden; der ganze innere Mensch wird nach außen zur Schau gestellt, wie es auch der offensten und unbefangenen Natur kaum je erwünscht sein kann, wie es zur Dual werden muß für mehr in sich gefehrte Individualitäten, für solche mit gewissen Besonderheiten ihres Wesens, die man als intimste Privatangelegenheiten behandelt wissen möchte, oder gar für Personen mit unverkennbar krankhafter Veranlagung, deren Mißdeutung befürchtet werden muß. Handelt es sich gar um ausgesprochene Krankheitszustände besonders der vorhin etwas näher gekennzeichneten Art, bei denen in Ermangelung eigenen Krankheitsgefühls die Behauptung des verschobenen Standpunktes zur Lebensfrage und Ehrensache geworden ist, wobei in allen Zweifeln und Beweisen anderer nur persönliche Anfeindung und gehässige Verfolgung erblickt werden kann, so müssen die in ihrer Gegenwart vorgenommenen Beweiserhebungen wohl schmerzliche Eindrücke hervorrufen, wird sich daran nur allzuleicht eine mehr oder weniger heftige und nachhaltige Erregung anschließen. Sie wird ebenso leicht angefaßt durch alles, was der Auffassung des Kranken zuwiderläuft, als durch das Eintreten anderer für dieselben. Auch an solchem fehlt es ja keineswegs trotz unverkennbarer Geisteskrankheit. Gibt es doch Leute genug selbst in den besten Kreisen, die sich auf Grund einer bisweilen recht oberflächlichen Kenntniss und ganz einseitiger Beurteilung von einzelnen

Seiten des Geisteslebens einer Person für berechtigt halten, deren volle geistige Gesundheit zu behaupten, wo der gewissenhafte Sachmann der eingehendsten Untersuchung der gesamten Persönlichkeit bedarf, um bei ihr die Störungen aufzuzeigen, durch die sie als krank zu gelten hat und aus dem Rahmen voller sozialer und rechtlicher Geltung herausgedrängt wird. Bei der Schwierigkeit solcher Beurteilungen gehen bisweilen selbst die Ansichten der Sachverständigen auseinander, zumal, wenn es sich um Fälle aus den Grenzgebieten der geistigen Gesundheit und um Anwendung des ärztlichen Wissens auf Fragen handelt, die auf fremde Gebiete hinübergreifen. — Ein solcher Kampf um die eigene Geistesbeschaffenheit muß fast gemüthliche Aufregungen mit sich bringen. Die eigene Gesundung sowohl wie die Sicherheit anderer, besonders auch der zur Beweiserhebung herangezogenen Personen kann dadurch leicht einmal ernstlich gefährdet werden.

Vom ärztlichen Standpunkt aus muß es daher als dringend wünschenswert bezeichnet werden, daß über die Anwesenheit bei Beweiserhebungen über den Geisteszustand von Fall zu Fall entschieden werden kann. In manchen Fällen droht der betreffenden Person von solchen Verhandlungen schwerer und dauernder Nachtheil, während es unter Umständen ganz gut möglich ist, ihr vom Ergebnis der Beweisaufnahme gelegentlich und in einer der Individualität angepaßten Form alles für sie Wissenswerte und Notwendige mitzuteilen. In anderen dagegen ist umgekehrt bei jeder Abweichung von den vorgeschriebenen Formen eine die Krankheit mehr als den Kranken fördernde Rückwirkung zu befürchten. Welche von den entgegengesetzten Möglichkeiten die wahrscheinlichere ist, kann nur ein mit dem Kranken genügend vertrauter Arzt einigermaßen zutreffend bemessen.

Die zu gewärtigende Wirkung hängt dabei nicht nur von der Natur des vorliegenden Krankheitszustandes ab, sehr wesentlich auch vom Zwecke des gerichtlichen Verfahrens und von der Art und Weise, wie bei den Erhebungen vorgegangen wird. — Kommen doch dabei ernstlich in Betracht nur solche Kranke, bei denen von der geistigen Tätigkeit so viel erhalten geblieben ist, daß sie die Bedeutung des gerichtlichen Verfahrens zu erkennen vermögen, während sie die fürsorglichen Absichten bei der Beweiserhebung über ihre Geistesbeschaffenheit mehr oder weniger verkennen.

Eine wohlwollende Rücksichtnahme der Rechtsorgane auf Geistes-

krante tritt nirgends so deutlich zutage wie in dem Schutze, den ihnen § 51 des StGB. gewährt. Mag eine Handlung noch so sehr gegen die Rechtsordnung verstoßen, sie ist für das Strafrecht nicht vorhanden, wenn der Täter bei ihrer Begehung sich in einem Zustande von krankhafter Störung der Geistestätigkeit befunden hat, durch den seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen wird, wenn in dieser Hinsicht auch nur begründete Zweifel vorliegen. Um dieser entlastenden Wirkung ist man vielfach geneigt, bei Angeeschuldigten ein häufiges Streben zu absichtlicher Vortäuschung von geistigen Störungen anzunehmen. Ohne die Gefahr anderweitiger recht unerwünschter Folgen könnte dieser Zweck nur erhofft werden durch die Simulation von Krankheitserscheinungen, welche die begangene Rechtswidrigkeit nicht wesentlich überdauern. Eingehenden Beweiserhebungen auch in Gegenwart eines Angeklagten können dann ernstliche Bedenken vom ärztlichen Standpunkte nicht entgegengesetzt werden. Die fragliche Geisteskrankheit gehört dann ganz der Vergangenheit an; bei der Person, die sie überstanden hat, ist dann ein objektives Urteil darüber zu erwarten, wenn nicht etwa die Erinnerung für den betreffenden Zeitabschnitt ganz ausgefallen ist. Solche Erinnerungslücken beobachtet man mehr oder weniger vollständig in der That bei den kurzandauernden Bewußtseinsstörungen transitorischer Verwirrtheit, bei Epilepsie und Hysterie, wie auch nach toxischen Störungen, am häufigsten den alkoholischen. Zuzugeben ist, daß gerade sie verhältnismäßig leicht vorgetäuscht werden können, daß ihre Annahme und Beurteilung besondere Vorsicht erheischt. Nicht sowohl der Beweiserhebung in Gegenwart des Beteiligten, als etwaiger unzutreffender Beurteilung von erhaltenen inselförmigen Erinnerungen wird hier der ärztliche Sachverständige unter Umständen entgegenzutreten haben. Zu warnen hat er aber auch davor, daß nicht solche Beweiserhebungen in Gegenwart des Angeklagten sich zu einer förmlichen Schilderung der Simulation gestalten bei psychopathisch Degenerierten, die hier besonders in Betracht kommen. Wird das Für und Wider Gegenstand eingehender Erörterungen zwischen Anklage und Verteidigung und muß der Sachverständige allzu deutlich die Punkte auseinandersetzen, auf die er ihm ankommt, so werden gelehrige „Kriminalstudenten“ daraus mehr für ihre Zwecke entnehmen können, als durch ihre Studien auf eigene Faust während einer Einweisung zur Beobachtung gemäß § 81 der StPD. —

Sittlich besser Veranlagte, die in mehr gelegentlicher Alkoholverauschung mit den Strafgesetzen in Konflikt geraten waren, können anderseits kaum eine ernstere und wirksamere Mahnung erfahren, als sie ihnen durch eine solche Verhandlung zuteil wird.

Anderen, die etwa im Zustande akuter Geisteskrankheit zu rechtswidriger Handlungsweise gekommen waren und erst nach Ablauf der Erkrankung ein klares Bewußtsein des Geschehenen erlangt hatten, kann es eine namhafte Erleichterung gewähren, wenn in öffentlicher Verhandlung der krankhafte Charakter der Tat festgestellt und ihnen dadurch eine einwandfreie Entlastung zuteil wird. Ein freisprechendes Urteil ist dabei der Einstellung des Verfahrens weit vorzuziehen; um seinetwillen werden auch die peinlichen Seiten der Beweiserhebung willig getragen werden, ohne daß gesundheitliche Nachteile davon zu besorgen wären. Die freudige Genugtuung mancher so Entlasteten steht mir in lebhafter Erinnerung.

Dem stehen Fälle gegenüber, in denen eine Freisprechung auf Grund des § 51 des StGB. als bitteres Unrecht empfunden wird. Im gleichen Sinne muß natürlich die zu solchem Ergebnisse führende Beweiserhebung in Gegenwart eines solchen Angeklagten wirken. Handelt es sich dabei doch vorwiegend um Kranke mit querulierenden Neigungen. Jeglicher Krankheitseinsicht entbehrend, ja von einem besonderen Selbstgefühl beseelt, geraten sie über jede Anzeiſlung ihrer geistigen Gesundheit und ihrer strafrechtlichen Verantwortlichkeit in eine Erregung, die durch entsprechende Erhebungen in ihrer Anwesenheit nur neue Nahrung finden wird. War den Ergebnissen zunächst vielleicht noch mit überlegener Zuversicht entgegengesehen worden, so schwindet diese rasch bei Enttäuschung der gehegten Erwartungen. Unbestreitbare Tatsachen stellen sich für den Kranken in ganz anderem Lichte dar als für die unbefangene Beurteilung; behält letztere die Oberhand und führt die Verhandlung nur zur Bestätigung eines abnormen Zustandes, so kann man sich auf stürmische Ausbrüche des verhaltenen Affekts gefaßt machen, muß man mit den weitſchweifigsten Gegenerklärungen, mit allerlei Ausfällen gegen Zeugen, Sachverständige und das Gericht rechnen. Durch die bestrittene Zurechnungsfähigkeit fühlt sich ein solcher Kranker nur beleidigt und entehrt, er kann darin nur einen böswilligen Versuch erblicken, den rechtmäßigen Nachweis seiner Schullosigkeit zu hintertreiben, ihn durch Untergrabung seiner Glaubwürdigkeit noch mehr zu schädigen. Wird

ihm die geistige Gesundheit wiederholt in dieser Weise abgesprochen, so kann es zum vornehmsten Streben eines solchen Kranken werden, sich deren Anerkennung zu erkämpfen. Er scheut dann vor den auffälligsten Rechtswidrigkeiten nicht zurück, weil er eine Gerichtsverhandlung gegen sich herausfordern will. In ihr will er zur Kenntniss weiterer Kreise bringen, wie er bisher verfolgt, wie sein Recht mit Füßen getreten worden ist. — So ungünstig auf solche Kranke alle Beweiserhebungen in ihrer Gegenwart zu wirken pflegen, so werden sie auf solche gegebenenfalls kaum je verzichten wollen. Sie während der Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen etwa in Abstand verweisen zu wollen, würde ihr Mißtrauen nur steigern müssen. — Ärztliche Ermägungen können so, je nach Lage des Falles ebenso für, als gegen die Anwesenheit der Prozeßpartei bei Erhebungen über ihren Geisteszustand sprechen: sie müssen dafür eintreten lassen, wo sie als Recht gefordert, müssen einer Entbindung davon das Wort reden lassen, wo sie als lästige Pflicht empfunden wird.

War bisher vorzugsweise die geistige Beschaffenheit eines Angeklagten zur Zeit einer der Vergangenheit angehörigen That ins Auge gefaßt gewesen, so mußte doch fast durchweg auch der bei der Verhandlung gegenwärtige Zustand mit in Betracht gezogen werden. Letzterer kann auch für sich allein in Frage stehen, so besonders, wenn die Prozeßfähigkeit bestritten wird. — Für noch herrschende krankhafte Störungen irgendwelcher Art läßt sich eine objektive Beurteilung des darunter Leidenden natürlich kaum je erwarten. Für den Beweiswert auch der angemessensten Erhebungen wird er kaum je zugänglich sein. Erregende Einflüsse davon sind fast mit Sicherheit in Aussicht zu nehmen. Trotzdem wird man dem Prozeßbetheiligten das Recht zur Anwesenheit bei den Beweiserhebungen um so weniger streitig machen dürfen, je weniger früher etwa Einwendungen gegen seine Geistesbeschaffenheit zu machen gewesen waren: ihm die Anwesenheit irgend zur Pflicht zu machen, wird man sich um so mehr zu hüten haben, je mehr Anzeichen einer Krankheit zur Rücksicht und zur Schonung mahnen.

Das eine wie das andere ist besonders nachdrücklich zu beherzigen, wenn sich aus der Gegenwart zugleich Ausblicke für die Zukunft eröffnen. — Wohl hat sich das Strafrecht nur zu befaßen mit tatsächlich Vorgefallenem und mit seiner Ahndung. Kann aber ein Verstoß gegen die Rechtsgesetze seine Sühne nicht

finden, weil er von einem geistig Unfreien begangen war, so müssen sich an die Einstellung des Verfahrens wie an die Freisprechung im Interesse der Allgemeinheit notwendig Erwägungen darüber anschließen, ob und welche Maßregeln zur Verhütung etwaiger Wiederholungen angezeigt erscheinen. Auch vom psychiatrischen Standpunkte aus ist es nur zu begrüßen, daß der Täter alsbald Gegenstand ausreichender Fürsorge wird, wenn die Tat für das Strafrecht in Wegfall gekommen ist. Entsprechende Fragestellung tritt an den ärztlichen Sachverständigen nicht selten schon in der Verhandlung heran; bei ihrer Beantwortung in Gegenwart des Angeklagten hat er damit zu rechnen, daß er mit Eröffnung unwillkommener Maßnahmen für die Zukunft eine heftige Erregung hervorruft. Zu der Mißachtung seines eigenen Standpunktes kommt für den Angeklagten die Brandmarkung als gemeingefährliches Individuum, er sieht sich jetzt unmittelbar bedroht von einer Freiheitsentziehung mit unabsehbarer Dauer. Die Pflicht verlangt dann vom Sachverständigen Äußerungen, die einer der wichtigsten ärztlichen Berufsaufgaben, alles zu vermeiden, was einem Kranken schaden könnte, schnurstracks zuwiderlaufen.

Die damit angeschnittene Frage der Fürsorge für nicht verantwortliche, aber der öffentlichen Sicherheit gefährliche Geistesranke überschreitet wohl das Gebiet der Rechtspflege, nicht auch das der Beweiserhebungen nach den für das Strafrecht maßgeblichen Grundsätzen. Ohne solche sollen Eingriffe in die persönlichen Freiheitsrechte des Einzelnen und in das Bestimmungsrecht der nächsten Angehörigen nicht stattfinden. Erscheinen sie um der öffentlichen Sicherheit willen notwendig nicht nur gegen den Willen des Kranken, sondern auch gegen den Widerspruch der Verwandten, deren Zustimmung zur Aufnahme in eine Irrenanstalt sakungsgemäß verlangt werden muß, so werden eingehende Beweiserhebungen darüber notwendig, ob er als Geisteskranker anzusehen, für sich oder andere gefährlich, oder für die öffentliche Sittlichkeit anstößig ist oder ob er sich in einem Zustande der Pflegebedürftigkeit befindet, demzufolge er außerhalb einer Irrenanstalt verwahrloßt oder gefährdet würde. Orts- und Bezirksbehörden haben sich hierüber zu äußern, es kann die persönliche Vernehmung des Einzuweisenden unter Zuziehung der zuständigen Medizinalbeamten angeordnet werden. Die Beweisaufnahme hat also teilweise wenigstens in Gegenwart des Einzuweisenden stattzufinden; ihr Er-

gebnis wird er wohl immer im einzelnen erfahren, da die getroffene Entscheidung mit eingehender Begründung jedenfalls den widersprechenden Angehörigen, wenn tunlich, auch ihm selbst in beglaubigter Abschrift zugestellt werden muß. Die Rechtmäßigkeit eines solchen Einweisungsbeschlusses wird ein Geisteskranker kaum je anzuerkennen vermögen. Um so mehr wird er erregt werden durch genauen Einblick in die Äußerungen von Zeugen und Sachverständigen, auf die sich die Entscheidung vorzugsweise stützt. Von seinem Standpunkte kann er nicht anders, als diese Personen für gefährliche Gegner anzusehen. Gegen sie wird er Rache brüten; hat er doch jetzt keinerlei Rücksichten mehr zu nehmen. Ist er schon einmal als gemeingefährlicher Geisteskranker gekennzeichnet, so will er sich vielleicht als solcher auch noch möglichst zeigen, bevor er in der Irrenanstalt verschwindet.

Wie die sicherheitspolizeilichen Maßnahmen, so hat auch die im bürgerlichen Rechte Geisteskranken gegenüber vorgesehene Entmündigung wesentlich fürsorgliche Absichten. Entscheidend für sie sind darum auch nicht sowohl die bisher beobachteten Krankheitserscheinungen, als vielmehr der gegenwärtige Zustand des zu Entmündigenden und Befürchtungen, die daraus für die Zukunft abzuleiten sind. Die Beweiserhebungen können sich darum nicht auf Tatsachen beschränken, sie müssen ein Urteil über gegenwärtige Verhältnisse und Schlußfolgerungen auf die künftige Handlungsweise eines Menschen mit in ihren Bereich ziehen. Mögen diese sich noch so sehr anlehnen an gesicherte Erfahrungen, so bleiben sie doch unter allen Umständen weit ansehnlicher als abgeschlossene Tatsachen, besonders auch vom Standpunkte eines Prozeßbeteiligten mit nicht einwandfreier Geistesbeschaffenheit. Ihrer sich zu erwehren, nicht etwa nur mit rechtmäßigen Mitteln, muß ihm um so näher liegen, als ihm die Feststellung eines krankhaften Geisteszustandes im Entmündigungsverfahren nicht nur keinerlei Vorteile, sondern die Aberkennung oder wenigstens Einschränkung wertvoller Rechte in Aussicht stellt. Verliert er dadurch doch, wie der volkstümliche Ausdruck lautet, alle Geltung, ein Eingriff, durch den jeder noch einigermaßen dafür Empfängliche den schwersten Stoß in seinem Selbstgefühl erleiden muß. Auch ist allgemein bekannt, daß eine Wiederaufhebung der Entmündigung nicht so leicht zu erreichen ist. Die Aussichten für die künftige Gestaltung der Geschehnisse sind also bedenklich genug, um die Zeitigung von verzweifelten Entschlüssen sehr wohl begreiflich erscheinen zu lassen.

Vom Standpunkte der praktischen Irrenfürsorge aus war es sehr dankbar zu begrüßen, daß durch das BGB. verschiedene Formen der Verbeistandung für die durch geistige Störungen an der Besorgung ihrer Geschäfte verhinderten Personen geschaffen worden sind. Besonders wertvoll ist, daß durch die Anordnung einer Pflégenschaft nach § 1910 in geeigneten Fällen der Fortgang der Geschäfte gesichert werden kann auch ohne ein Entmündigungsverfahren mit den dabei unerläßlichen Beweiserhebungen. Aller etwaige Nachteil von solchen fällt so weg in Fällen, wo er ganz außer Verhältnis stünde zu der Geringfügigkeit und Einfachheit der zu erledigenden Rechtsgeschäfte, sowie bei fehlendem Widerspruch gegen deren pflegschaftliche Besorgung. Sie können ohne irgendwelchen rechtlichen Nachteil besonders auch heilbaren Kranken Dinge eripart werden, die leicht störend in den Genesungsverlauf hätten eingreifen können. Der Entmündigung vorbehalten bleiben neben Fällen, die von solchen äußeren Vorgängen nur wenig berührt werden, immer noch gar manche, bei denen die erforderlichen Beweiserhebungen über den Geisteszustand ungünstige Rückwirkungen auf diesen in hohem Maße befürchten lassen müssen. Es trifft dies wiederum zu bei Krankheitsformen mit teilweise erhaltenen, aber mehr oder weniger veränderten Lebensinteressen bei fehlender Krankheitseinsicht und empfindlichem Selbstgefühl, das sich gegen die drohende Einbuße an eigener Geltung gar mächtig aufbäumt.

Sind Entmündigungen seit der Einführung des BGB. vielleicht etwas seltener geworden, so wird nach meinen Erfahrungen im Verfahren neuerdings nachdrücklicher als früher auf der persönlichen Vernehmung durch den Richter bestanden. Ich habe nicht den Eindruck gewinnen können, daß daraus den Entmündigten besondere gesundheitliche Nachteile erwachsen wären, es sei denn durch die Enttäuschung mancher Kranker in ihren Erwartungen. Für die anderweitigen Beweiserhebungen, insbesondere auch bei der ärztlichen Begutachtung, ist die Anwesenheit des zu Entmündigenden nicht vorgeschrieben. Vom ganzen Ergebnisse der Verhandlung braucht er unmittelbar nichts zu erfahren. Kommt es zur Entmündigung wegen Geisteskrankheit, so wird ihm nicht einmal der betreffende Gerichtsbeschuß zugestellt. Müssen ihm nach Lage der Verhältnisse die Geschäfte nicht geradezu aus der Hand genommen werden, was bei Kranken, die in Anstaltspflege stehen, in Wirklichkeit meist schon längst erfolgt war, so wird er es vielleicht nur ganz

gelegentlich inne, daß er unter Vormundschaft gestellt worden ist. — Zu der beschränkten Geschäftsfähigkeit der wegen Geisteschwäche Entmündigten gehört es u. a., daß ihnen der betreffende Gerichtsbeschluß zuzustellen ist. Recht unliebsame Wirkungen solcher Zustellungen hat man von irrenärztlicher Seite schon wiederholt zu beklagen gehabt. Der teilweise erhaltenen Geschäftsfähigkeit entspricht eben auch die erhaltene Empfindlichkeit für die verminderte Geltung und für die hierzu erhobenen Beweise.

Noch entschiedener macht diese sich geltend, wenn ein vom Entmündigungsbeschluß Betroffener diesen ansieht, wenn er dessen Wiederaufhebung beantragt oder auf dem Wege der Klage betreibt. Die Prozeßklage ändert sich für ihn dadurch wesentlich; denn jetzt ist er an den Beweiserhebungen besonders interessiert. Williger wird er sich allen damit verbundenen Unannehmlichkeiten unterziehen, entschiedener wird er aber auch den Anspruch erheben, von allen ihren Ergebnissen Kenntnis zu erhalten, den Vernehmungen vielleicht auch persönlich anzuwohnen. Lauten sie ihm ungünstig, so wird ein solcher Kranker in seinem ganzen Empfinden recht schwer betroffen werden; über dem Zusammenbruch seiner Hoffnungen kann die Erregung sich aufs äußerste steigern. Besonders leidig kann sich dies geltend machen bei periodischen Geistesstörungen. Taucht in ihren freien Zwischenzeiten ein anscheinend wohlberechtigter Wunsch auf nach Wiedererlangung der anlässlich eines früheren Krankheitsanfalls aberkannten Geschäftsfähigkeit und bestimmt der befriedigende gegenwärtige Zustand Zeugen und Gericht vielleicht zu entschiedenem Entgegenkommen, so wird der erfahrene Arzt nicht selten genötigt sein, recht ernste Bedenken dagegen geltend zu machen auf Grund seiner Kenntnis des zu Wiederholungen neigenden Krankheitsverlaufs. Tritt nach längerer Zeit einwandfreien Verhaltens der Wunsch nach Wiedereinsetzung in die bürgerlichen Rechte lebhaft hervor, so kann dies wohl eine durchaus berechtigte Regung, aber auch schon das erste Anzeichen einer wiedererwachenden krankhaften Steigerung des Selbstgefühls sein. Mahnt dann bei der Beweisaufnahme der Arzt zu besonderer Vorsicht und weiterem Zuwarten, so tritt er in Gegensatz nicht nur zum Entmündigten, sondern auch vielleicht zur Mehrzahl der Zeugen. Er kann dadurch unter Umständen genötigt werden, deutlicher als er es einem Patienten gegenüber wohl möchte, die drohende Gefahr der Wiedererkrankung zum Ausdruck zu bringen und, indem er an-

scheinend wohlberechtigten Hoffnungen entgegentritt, Gemütsbewegungen hervorzurufen, durch die geradezu beschleunigt wird, was er verhüten wollte. Nicht nur in den Augen eines aufs neue erregt Gewordenen, auch in denen anderer trifft dann den Arzt vorzugsweise die Schuld an dem wiederholten Krankheitsausbruch, so sehr er darauf hingewiesen haben mag, daß ein solcher in der Natur der Erkrankung selbst gelegen sei. — Auch bei anderen Krankheitsformen mit remittierendem Verlaufe kann ein vergebliches Aufsechtungs- und Wiederaufhebungsverfahren mit den erforderlichen Beweiserhebungen in ähnlicher Weise Verschlimmerungen im Zustande des Patienten nach sich ziehen.

Sind es die ungünstigen Zukunftsaussichten, durch die das Befinden unserer Kranken besonders bedroht erscheint, so könnte man glauben, müßte es von Ehescheidungen wegen Geisteskrankheit am meisten gefährdet werden. Muß hier doch die Beweiserhebung sich besonders auch darauf erstrecken, daß bei dem Zustande des Kranken jede Aussicht auf Wiederherstellung der geistigen Gemeinschaft zwischen den Ehegatten geschwunden sei, gewiß eine der traurigsten Perspektiven, die der Arzt zu eröffnen hat. Sie ist aber gebunden an die weitere nicht weniger trostlose Voraussetzung, daß das Leiden eben jenen Grad erreicht hat, durch den die geistige Gemeinschaft zwischen den Ehegatten aufgehoben wird. Ein solcher Zustand begreift soviel Gleichgültigkeit gegen Inhalt und Formen des Prozeßes in sich, daß der Kranke auch von der ungünstigen Prognose so gut wie unberührt bleiben muß. So ist denn auch nicht einmal die persönliche Beteiligung des kranken Ehegatten am Prozesse erforderlich. Würde sie je verlangt, so müßte eine lebhaftere Erregung durch denselben gegen die Ehescheidung sprechen; ist sie durchführbar, so kann sie dem Kranken weiteren gesundheitlichen Nachteil nicht wohl mehr bringen.

Zu Beweiserhebungen über krankhafte Geisteszustände, die der Vergangenheit angehören, dürfte das bürgerliche Recht nicht allzu häufig Anlaß geben. Wo sie in Frage kommen, wie z. B. bei Aufsechtung abgeschlossener Rechtsgeschäfte, werden sie meist im materiellen Interesse der Kranken selbst liegen und schon darum besondere erregende Wirkungen kaum befürchten lassen müssen.

Wiederholt war als eine besonders zu beachtende Eigenschaft von Personen mit nicht einwandfreier geistiger Verfassung ihre gesteigerte Erregbarkeit zu nennen gewesen. Wo sie vorhanden

ist, versteht es sich fast von selbst, daß die Wirkung etwaiger Be-
weiserhebungen auf die betreffenden Personen sehr wesentlich mit
bestimmt wird durch die Form, in der sie vorgenommen werden.
Wo immer zweifelhafte Geisteszustände in Frage kommen, ist der
Verhandlungston vorsichtig zu wählen unter Anpassung nicht nur
an die allgemeinen Regeln für den Verkehr mit Geisteskranken,
sondern auch an die Eigenart der einzelnen Persönlichkeiten. Je
mehr man diese zu erfassen und zu nehmen weiß, je mehr man es
versteht, ihr Zutrauen zu gewinnen, desto besser wird man es ver-
meiden ihr zu schaden auch durch Erörterung von peinlichen Ver-
hältnissen und Vorkommnissen. Näher kann hierauf heute so wenig
eingegangen werden als etwa auf die verschiedenen Formen von
geistiger Störung in ihrem Verhalten zur richterlichen Wahrheits-
forschung. Nur zwei Punkte dürften noch ausdrücklich zu er-
wähnen sein.

Ärztliche Begutachtungen des Geisteszustandes von gegen-
wärtigen Personen müssen sich unbeschadet ihrer sachlichen Voll-
ständigkeit eine gewisse Zurückhaltung auferlegen; sie sollen
namentlich über die Beantwortung der im vorliegenden Verfahren
zu entscheidenden Fragen ohne zwingenden Grund nicht hinaus-
gehen. Insbesondere sollen ungünstige Prognosen im Gutachten
nur dann ausgesprochen werden, wenn sie von entscheidender Be-
deutung sind für eine zur Verhandlung stehende Frage. Auch dann
halte man sich gegenwärtig, daß alle Vorhersagen für die Zukunft
nicht frei sind von subjektivem Einschlag, daß sie tatsächlichen Fest-
stellungen an Zuverlässigkeit kaum je gleich kommen können. Dem
trage man Rechnung auch in der Wahl der Worte, die Rücksicht
nehmen müssen auf die Anwesenheit der zu begutachtenden Person.

Einigermassen erschwert werden diese Forderungen durch ge-
wisse theoretische Bestrebungen der heutigen klinischen Psychiatrie.
In der Absicht der Einteilung und Benennung von Krankheits-
formen nicht etwa nur wechselnde Zustandsbilder, sondern alle ihre
klinischen Merkmale zugrunde zu legen unter besonderer Bewertung
der Endzustände, ist der Prognose die Vorherrschaft zugefallen schon
bei der Wahl der Krankheitsnamen. So gerne man nun auch zu-
geben mag, daß diese klinischen Bestrebungen sich aufbauen auf
naturwissenschaftlicher Denkweise, so leidet deren Anwendung auf
die Psychiatrie doch unter dem Umstande, daß zuverlässige Finger-
zeige für die künftige Gestaltung von geistiger Erkrankung nur aus

Erscheinungen von ungünstiger Vorbedeutung entnommen werden können, ohne daß doch manche dieser Erscheinungen notwendig von einem schlimmen Ausgang gefolgt sein müßten. Positive Kennzeichen der zu erhoffenden Genesung gibt es im Beginn und auf der Höhe der Krankheit kaum. Der klinische Beobachter wird so mehr durch die Vorboten des geistigen Verfalls eingenommen. Allzu schwarzjeherisch klingen schon gewisse neuere Krankheitsnamen besonders bei wörtlicher Übersetzung ins Deutsche. Ich könnte Beispiele dafür anführen, daß schon eine solche Krankheitsbezeichnung auf die eigene Person angewandt geradezu niederschmetternde Wirkungen ausgeübt hat. In Gegenwart ihrer Patienten hüten sich denn auch die Ärzte sorgfältig davor, Krankheitsnamen zu gebrauchen, deren unheilvolle Bedeutung allgemeiner bekannt ist. Auch in gerichtlicher Verhandlung muß sich das gegebenenfalls ermöglichen lassen, ohne daß die Zwecke der Begutachtung darunter zu leiden brauchten.

Ähnliche Rücksichten sind für alle Beweiserhebungen beim richterlichen Verfahren zu fordern. Bei aller Sachlichkeit der Ermittlungen kann doch der Erfahrung Rechnung getragen werden, daß man bei Personen von nicht einwandfreier geistiger Beschaffenheit mit einem der Persönlichkeit angepassten Verkehrston mehr zu erreichen pflegt, als durch strenge Einhaltung von vorgeschriebenen Formen. Entkleidet man die Beweiserhebungen von solchen und beachtet man auf Schritt und Tritt die Individualitäten, so wird es nicht allzu schwer fallen, reizbare Naturen gebührend zu schonen und zugleich den Zweck des Verfahrens weit mehr zu fördern, als wenn man durch seine Hervorkehrung sie in etwaigem Widerstreben noch bestärkt. — Ganz besonders sind solche Rücksichten den Vertretern von Prozeßparteien zu empfehlen, die sich in kontradiktorischem Verfahren gegenüberstehen. Bildet hier der Geisteszustand eines Prozeßbeteiligten den strittigen Punkt, so mag über dem Eifer um die Sache leicht einmal die Schonung vergessen werden, die man einer Person mit zweifelhafter geistiger Gesundheit stets angedeihen lassen sollte.

Die persönliche Anwesenheit des betreffenden wird immerhin im mündlichen Verfahren eine solche Rücksicht nie ganz aus dem Auge verlieren lassen. In schriftlichen Begründungen von Klagen und Widerklagen, von Begutachtungen und Urteilen wird dagegen die Person des Prozeßbeteiligten weit mehr zurücktreten

müssen hinter den Ausführungen zur Sache. Rücksichtsloser und schärfer wird darin hervorgehoben werden, was für den Gang des Verfahrens entscheidende Bedeutung erlangen kann. Die eigenen Ausführungen werden hier vielfach begründet werden durch wörtliche Anführungen aus den Zeugenaussagen oder Sachverständigen-gutachten, die nicht in Gegenwart der betreffenden Person erhoben auch ohne Rücksicht auf sie nur für das Gericht berechnet gewesen waren. Die dabei gewählte Ausdrucksweise vermeidet darum weniger, was etwa verlegend oder erregend wirken könnte, sie kann selbst zu mündlichen Äußerungen in scheinbaren Widerspruch treten, der dann vielleicht weiter ausgeschlachtet werden will. Es braucht wohl kaum näher ausgeführt zu werden, wie dadurch fast noch unangenehmere Wirkungen hervorgerufen werden können, als durch die persönliche Anwesenheit in mündlicher Verhandlung bei Beweis-erhebungen über den Geisteszustand. Was aus schriftlichen Be-weiserhebungen den Prozeßbeteiligten von Rechts wegen nicht vor-enthalten werden darf, das sollte wenigstens zuvor einer Prüfung darauf unterzogen werden können, inwieweit sein Wortlaut wieder-zugeben ist, ob nicht eine Mitteilung dem Sinne nach zulässig erscheint.

Mit diesen Winken für Ärzte und Juristen bin ich am Schlusse meiner Ausführungen angelangt. Ich fasse sie kurz noch einmal dahin zusammen, daß bei genügender Berücksichtigung ihrer Eigenart auch Personen mit zweifelhafter oder unverkennbar krankhafter Geistesbeschaffenheit das Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung bei Beweiserhebung über ihren Geisteszustand in der Regel gewahrt werden kann ohne ernstliche gesundheitliche Gefährdung, ja daß manchen derselben durch eine Verweigerung dieses Rechts eher gesundheitlicher Nachteil drohen würde. Kommt durch eine etwaige Erregung des Betreffenden über das Ergebnis der Beweis-aufnahme eine Gefährdung dritter Personen in Betracht, so sind Fürsorgemaßregeln vorzusehen, die sich an die Verhandlung unmittelbar anschließen können. Eine jenem Recht entsprechende Pflicht kann nur ausnahmsweise verlangt werden; geschieht dies, so muß neben der sachlichen Gerechtigkeit in der Form die menschliche Teilnahme für die schwachen Seiten der betreffenden Person gebührend zur Geltung kommen. Wo Recht und Pflicht zur Anwesenheit zu irgendwelchen Bedenken Anlaß geben, erscheint die vorherige Anhörung eines kundigen Arztes geboten.